

# Warum das Bier nicht billiger wird

- Gastronomie gibt Steuer-senkung nicht weiter
- Die Krise hat die Branche besonders hart getroffen



VON SANDRA MARKERT  
sandra.markert@suedkurier.de

**Überlingen** – Apfelschorle: 3,50 Euro, Pizza: 8,50 Euro, Rostbraten: 25 Euro. Schon an den glatten Beträgen auf den Speisekarten sieht man, dass das Essen für die Gäste nach dem 1. Juli trotz Mehrwertsteuersenkung nicht billiger geworden ist. Das zeigt auch ein ausführlicher Vergleich von acht Speisekarten zufällig ausgewählter Restaurants in Überlingen, Unteruhldingen und Meersburg vor und nach dem 1. Juli. Die Preise sind überall dieselben.

Anders als der Lebensmitteleinzelhandel wirbt die Gastro-Branche weder mit Rabatten im Cent-Bereich noch gibt sie pauschale Ermäßigungen auf die Endrechnung. Und das hat auch gute Gründe. Denn: „Die Notlage der Branche kann gar nicht dramatisch genug beschrieben werden“, sagt Daniel Ohl, Geschäftsführer Kommunikation beim Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Dehoga Baden-Württemberg.

Rund 223 000 Betriebe gibt es im Gastgewerbe deutschlandweit, ein Drittel davon sei nun von der Schließung bedroht, warnte der Dehoga Bundesverband noch im Juni. Daniel Ohl schwächt diese Zahlen nun und für Baden-Württemberg ein wenig ab: „Die mittlerweile getroffenen Hilfsmaßnahmen wie die Absenkung der Mehrwertsteuersätze, Stabilisierungshilfen und die Lockerungen der Kontaktbeschränkungen lassen hoffen, dass doch weniger Betriebe schließen müssen als zunächst befürchtet.“ Und doch: „Die Lage ist nach wie vor ernst, weil viele Betriebe unter derzeitigen Auflagen nicht kostendeckend arbeiten können“, sagt Daniel Ohl.

## Weniger Gäste, mehr Mitarbeiter

So freut sich Familie Keller im gleichnamigen Landgasthof in Überlingen-Lipertsreute zwar über die Rückkehr der Gäste und eine gute Auslastung. „Mit der vielen Bürokratie rund um Hygiene, Abstandsregeln oder Veränderungen beim Frühstücksbuffet haben wir aber sehr zu kämpfen“, sagt Lukas Keller. So kann er beispielsweise im Innenraum aufgrund der Abstandsregeln derzeit weniger Tische aufstellen und damit weniger Gäste bewirten. Fürs Frühstücksbuffet mussten aber trotzdem zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden, um die neuen Hygienevorschriften erfüllen zu können. „Das sind Kosten, die ich nicht auf den Gast umlegen kann, die bleiben an uns hängen.“

Weshalb es für die Familie Keller auch keine Frage war, die Mehrwertsteuersenkungen an die Gäste weiterzugeben. „Ich sehe das als Unterstützung für die Betriebe in der Gastronomie, die so viele Wochen gar keine Einnahmen hatten und auch jetzt oft noch den sonst üblichen Umsätzen hinterherhinken.“

Vincenzo Lentini, Besitzer der Pizzeria und des Eiscafés Capri an der Überlinger Promenade kann über die Frage nur lachen, ob er seinen Gästen nun eine Speisekarte mit reduzierten Preisen vorlegt. „Wir haben wochenlang



Lukas Keller vom gleichnamigen Gasthof in Überlingen freut sich zwar über eine gute Auslastung, hat aber wegen der Hygienevorschriften auch deutlich mehr Aufwand. BILD: MARKERT

Tausende Euro an Miete gezahlt ohne einen Cent Einnahmen zu haben. Jetzt müssen uns die Gäste helfen und eigentlich mehr zahlen“, sagt Vincenzo Lentini. Teurer geworden sind Eis und Pizza bislang aber trotzdem nicht, obwohl er nach wie vor einen deutlichen Gästerückgang im Vergleich zu einem normalen Sommer spürt. Die große Lust am Einkehren, sie sei trotz der Urlaubser noch nicht wieder da. „Wenn das so weitergeht, schaffen wir das nicht.“

Die Hans-Böckler-Stiftung hat jüngst knapp 8000 Beschäftigte aus verschiedenen Branchen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie befragt. Mit großem Abstand meldeten Mitarbeiter aus dem Gastgewerbe nicht nur die größten Einbußen bei den Einnahmen, sondern äußerten auch die größten Sorgen um ihre Zukunft. Doch warum trifft es ausgerechnet die Gastronomie-Branche so hart?

Die naheliegende Erklärung, dass es während der wochenlangen Schließungen einfach keine Einnahmen gab, hohe Ausgaben wie Miete, aber weiter gezahlt werden mussten, greift zu kurz.

Denn davon waren auch andere Branchen aus dem Bereich Dienstleistung und Gewerbe betroffen.

## Kaum finanzielle Rücklagen

Aber: „Anders als in anderen Branchen lassen sich weder in der Spitzengastronomie noch in normalen Restaurants große finanzielle Rücklagen erwirtschaften“, sagt Uwe Wilkesmann, Soziologe am Lehrstuhl für Organisationsforschung der Technischen Universität Dortmund. Zusammen mit seiner Frau Maximiliane Wilkesmann, ebenfalls Arbeits- und Organisationssoziologin, hat er eine Studie zur Gastronomie in der Corona-Krise gemacht. Daraus wird ersichtlich, dass 50 Prozent der befragten Betriebe eine anhaltende Schließung über den April hinaus nicht überlebt hätten, weil die finanziellen Reserven aufgebraucht waren.

Uwe Wilkesmann hat das nicht erstaunt. Bei den Sternelokalitäten sei der Einsatz von Personal und guten Lebensmitteln so hoch, dass er kaum über den Preis an den Gast weitergegeben werden könne. „In der Spitzengastronomie



Ob der Espresso beim Italiener oder die schnellen Pommes – der Gast bekommt die Steuersenkung nicht zu spüren. BILD: DPA



## Gastronomie in Zahlen

➤ In Baden-Württemberg gibt es mehr als 31 000 Betriebe im Hotel- und Gaststättenbereich, die einen Jahresumsatz von fast 12,5 Milliarden Euro erwirtschaften. Dort arbeiten dem Branchenverband Dehoga zufolge mehr als 137 000 sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter.

➤ Volkswirtschaftlich gehört die Gastronomie zu den wichtigsten Branchen in Deutschland. 775 000 Beschäftigte in der Gastronomie stehen etwa 1,05 Millionen im Maschinenbau und 800 000 Mitarbeitern in der Automobilwirtschaft inklusive Zulieferern gegenüber.

➤ Hilfen: Die Mehrwertsteuer für Speisen wurde ab Juli von 19 auf sieben Prozent gesenkt, bis Jahresende sogar auf fünf Prozent. Neben Kurzarbeitergeld wurden Soforthilfen, KfW-Kredite und Mietstundungen ermöglicht. (mar)

kommen schon mal monatliche Personalkosten von 50 000 Euro zusammen, dazu oft hohe Mieten oder Pacht sowie Investitionskosten. Da schmelzen finanzielle Reserven dann sehr schnell.“

Und in normalen Betrieben sei zwar die Gewinnspanne beim Essen meist größer – insbesondere dann, wenn vorverarbeitete Lebensmittel eingesetzt werden. Eine solche Qualität beim Essen gehe dann aber nicht unbedingt mit Stammkundschaft einher. Hinzu kämen fehlende Trinkgelder, die oft einen Gutteil des Einkommens der Mitarbeiter ausmachten. „War die Auslastung mit Gästen, die Preiskalkulation oder die Lage vielleicht schon vorher nicht ganz ideal, kommen solche Betriebe jetzt ganz schnell ins Schleudern“, sagt Uwe Wilkesmann. Er sieht in den drohenden Schließungen deswegen auch einen gewissen marktberuhigenden Effekt: „Wer sich gut um seine Gäste kümmert, gute Qualität bietet und ein festes Stammpublikum hat, der wird auch überleben“, sagt Uwe Wilkesmann. Vorausgesetzt, die Gastronomie-Betriebe müssen nicht erneut schließen.

## NACHRICHTEN

### STRAFZÖLLE

#### Airbus geht im Streit auf USA zu

Der europäische Flugzeugbauer Airbus will den Zoll-Konflikt der EU mit den USA entschärfen. Um die USA zu einem Ende ihrer Strafzölle wegen rechtswidriger Airbus-Subventionen zu bewegen, hat das Unternehmen überraschend weitere Zugeständnisse gemacht, wie es in Toulouse mitteilte. Man habe sich mit den Regierungen Frankreichs und Spaniens darauf geeinigt, Änderungen an den Investitions-Verträgen für den Langstreckenflieger A350 vorzunehmen, so Airbus. Die Länder hatten dem Flugzeugbauer laut Welthandelsorganisation WTO zu wettbewerbswidrigen Konditionen Startinvestitionen für die A350 gewährt. (dpa)

### WIRECARD-SKANDAL

#### Kanzlei verklagt Bafin auf Schadenersatz

Im Skandal um den Finanzdienstleister Wirecard verklagt die Anwaltskanzlei Tilp die staatliche Finanzaufsicht Bafin auf Schadenersatz. Die Anlegerschutz-Kanzlei hat nach eigenen Angaben Amtshaftungsklage beim Landgericht Frankfurt eingereicht. „Die Bafin hat sich unseres Erachtens jahrelang unter grober Missachtung ihrer gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse eigener Ermittlungen gegenüber der Wirecard AG wegen Marktmanipulation verweigert“, so Andreas Tilp. Die Aufsicht habe gegen Journalisten und Leerverkäufer agiert, obwohl sie die Berichterstattung über massive Unregelmäßigkeiten der Wirecard AG gekannt habe. (dpa)

## Annuitätendarlehen

Banken mit Beratung vor Ort	Nominalzins in %		
	5 J.	10 J.	10 Jahre*
PSD RheinNeckarSaar	0,54	0,49	14.125,44
Commerzbank	0,85	0,51	14.699,82
Sparda-Bank BW	0,48	0,63	18.143,15
BB-Bank	0,87	0,65	18.716,47
Voba Swz. Baar Hegau	0,40	0,67	19.289,62
Deutsche Bank	1,25	0,73	21.008,06

  

Überregionale Zinsangebote			
Degussa Bank	0,30	0,35	10.099,47
Consorsbank	0,40	0,45	12.975,94
1822direkt	0,48	0,50	14.412,65
Südwestbank		0,55	15.848,31
Allianz	0,80	0,66	19.003,08
Debeka Bausparkasse	0,54	0,75	21.580,45
BKM - Bausp.k.s. Mainz		0,80	23.010,89

Trend: leicht fallend

\*Zinszahlung in Euro bei einer Darlehenssumme von 350.000 Euro, 3,5% Tilgung; ohne Berücksichtigung von Gebühren.

Quelle: [bjaljo.de](http://bjaljo.de) Stand: 23.07.2020

Abonnenten können mehrseitige Artikel zum Thema der Woche kostenlos aus dem Internet herunterladen:

[www.suedkurier.de/abovorteil-tipp](http://www.suedkurier.de/abovorteil-tipp)

# ZF Friedrichshafen erwägt Schließung von Werken

Die deutschen ZF-Standorte haben zwei Jahre Zeit ein Zukunftskonzept vorzulegen. Misslingt das, droht manchen Werken das Aus



VON WALTHER ROSENBERGER  
walther.rosenberger@suedkurier.de

**Friedrichshafen** – Für den durch die Corona-Krise sowie technologische Umbrüche hart getroffenen Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen ist auch die Schließung von Werken kein Tabu mehr. Für Standorte, die in den nächsten beiden Jahren kein „Zukunftsbild“ erarbeiten können, werde „auch eine Schließung von 2023 an nicht ausgeschlossen“, teilte das Unternehmen am Freitag mit. In den kommenden beiden Jahren hätten alle deutschen ZF-

Werke Zeit, darzulegen, „mit welchen Produkten und Investitionen Beschäftigung über das Jahr 2022 hinaus gesichert werden“ könne, hieß es.

Wie ZF am Freitag bekannt gab, habe man sich mit Betriebsrat und Gewerkschaften auf einen Tarifvertrag geeinigt, der den Erhalt aller Standorte sowie den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2022 vorsieht. In dieser Zeit solle die „strukturelle Neuausrichtung“ des 150.000-Mitarbeiter-Konzerns vorangetrieben werden, hieß es. Parallel sollen Werksleitungen und Arbeitnehmervertretungen vor Ort Perspektiven für die jeweiligen Standorte aufzeigen.

ZF hatte bislang, anders als die Konkurrenz von Continental oder Bosch, keine Werke zu Disposition gestellt. Dem Vernehmen nach hatte Konzern-



ZF-Logo in Friedrichshafen: Die Jobs sind bis Ende 2022 sicher. Und dann? BILD: DPA

chef Wolf-Henning Scheider einen von seinem Vorgänger getroffenen Schließungsentscheid für ein Werk in Gelsenkirchen Ende 2018 abgeblasen. Nach der Übernahme des Konkurrenten TRW im Jahr 2015 verfügte ZF in Deutschland über ein Netz von rund 40 Standorten, darunter kleine Werke mit nur rund

200 Mitarbeitern. Mit dem neuen Tarifvertrag hat das Stiftungsunternehmen nun auch die Weichen für eine länger andauernde Konjunkturlaute gestellt. Zentraler Punkt ist eine Anschlussregel für eine längerfristige Senkung der Arbeitszeiten, nach Auslaufen der Kurzarbeit. Dafür seien Möglichkeiten geschaffen worden, „die Arbeitszeiten in allen Tarifgebieten um bis zu 20 Prozent“ zu reduzieren, hieß es. Im Gegenzug stockt das Unternehmen die Gehälter in bestimmtem Umfang auf. Auf freiwilliger Basis trennt sich ZF zudem von Personal. Es seien „attraktive Möglichkeiten geschaffen worden“, das Unternehmen vorzeitig zu verlassen, sagte Personal-Vorstand Sabine Jaskula. Dazu gehörten etwa Altersteilzeit oder Abfindungen. Zur Höhe der Abfindungen äußerte sich ein Sprecher nicht.

## Bosch verkürzt die Arbeitszeit

**Stuttgart** (dpa) Für 35 000 Mitarbeiter des Technologiekonzerns Bosch in den Bereichen Entwicklung, Forschung, Vertrieb und Verwaltung im Großraum Stuttgart endet nächste Woche die Kurzarbeit. Ab Anfang August verringert sich dann die wöchentliche Arbeitszeit, wie das Unternehmen in Stuttgart mitteilte. Geschäftsführung und Arbeitnehmervertreter einigten sich auf eine entsprechende Regelung, um die Kosten weiterhin senken zu können. Für Tarifbeschäftigte mit einer Arbeitszeit von mehr als 35 Stunden verringert sich die Wochenarbeitszeit infolge der neuen Regelung um zehn Prozent. Bei Verträgen mit 35 Wochenstunden und darunter sinkt die Arbeitszeit um 8,57 Prozent. Es kommt zu entsprechenden Gehaltskürzungen.